



Schwäbisch Gmünd, 16.07.2021
Gemeinderatsdrucksache Nr. 142/2021

Vorlage an

Gemeinderat

zur Beschlussfassung

- öffentlich -

Antrag der Fraktion "Die Linke" zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat nimmt die Vorschläge der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Sachverhalt und Antragsbegründung:

Bei den Haushaltsberatungen 2020 hat die Fraktion „Die Linke“ den Antrag gestellt, eine zentrale Vergabestelle für die Vergabe von Aufträgen und die Beschaffung von Materialien des täglichen Verwaltungshandeln einzurichten. Mit Schreiben vom 28.10.2020 hat die Fraktion „Die Linke“ diesen Antrag wiederholt. Mit einem nicht-haushaltswirksamen Antrag zum Haushalt 2021 bat die Fraktion um einen Zwischenbericht.

Die Vergabeverfahren sind in den vergangenen Jahren umfangreicher und komplexer geworden. Dies hängt mit komplexeren Richtlinien, neuen Vergabeordnungen (z.B. Unterschwellenvergabeordnung) und größeren Änderungen von bestehenden Vorschriften zusammen. Auch die EU-Richtlinien spielen eine zunehmende Rolle. Die Verwaltung hat deshalb eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle und die Abläufe in der Verwaltung bewertet hat. Die Gruppe setzte sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern des Hauptamtes, des Rechnungsprüfungsamtes, des Rechtsamtes sowie des Amtes für Gebäudewirtschaft und des Tiefbauamtes. Bei Letzteren werden häufig größere Leistungsverzeichnisse erstellt und Aufträge vergeben.

Die Arbeitsgruppe hält die Einrichtung einer zentralen Vergabestelle grundsätzlich für sinnvoll. Die personelle Ausstattung erfordert jedoch eineinhalb bis zwei zusätzliche Personalstellen. Bei der derzeitigen Haushaltssituation ist eine sofortige Umsetzung sehr schwierig. Deshalb schlägt die Verwaltung einen Stufenplan vor, der nach und nach umgesetzt werden soll:



1. Auftaktveranstaltung für die betroffenen Ämter, um das Bewusstsein für die neuesten Vorschriften, Fragestellungen und Problembereiche im Themenfeld der Lieferungen und Leistungen zu schärfen.
2. Schulungsangebot zur Vertiefung der in der Auftaktveranstaltung angesprochenen Themen.
3. Einrichtung einer Fachgruppe Vergabe, die aus Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Ämter besteht, die sich regelmäßig austauscht.
4. Beim Hauptamt ist zum 01.07.2022 eine Stelle (Aufgabeninhalt u.a. Beschaffungswesen) neu zu besetzen. Die Stelle soll so erweitert und zugeschnitten werden, dass diese auch als Servicestelle für die anderen Ämter eingerichtet wird. Die Ausschreibung wird im ersten Halbjahr 2022 erfolgen.

Mit diesen Schritten sollen einerseits die Herausforderungen in diesem Bereich erfüllt werden, andererseits zunächst Erfahrungen gesammelt und stufenweise vorgegangen werden.